

# NORD|SÜD *news*

Foto: © Manfred Brinkmann



## „Bei uns bleibt der Dreck“ – Aluminium vom Amazonas

Sie sind drei Tage den Amazonas flussabwärts gefahren zum Weltsozialforum in Belém, Ercio Santos und zwei andere Gewerkschafter von der größten Bauxitmine am Amazonas. Dort warteten Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Brasilien bei einer Aluminiumkonferenz auf sie. Atemlos berichtete Ercio den Teilnehmenden, was gerade in Juruti passiert war: 1500 Indigenas hatte die Militärpolizei mit Tränengas vertrieben. Sie hatten im Regenwaldgebiet, wo der amerikanische Konzern Alcoa eine neue Bauxitmine errichtet, die Baustelle besetzt. Die Waldbevölkerung verlange die ihr zustehende Entschädigung, zumal ein Fünftel des künftigen Abbaugebietes in einer Schutzzone liege, erklärte Ercio Santos. Alcoa habe bisher noch nichts bezahlt. Gleichzeitig werden die traditionellen Gemeinden von heftigen sozialen Konflikten erschüttert: „Seit bekannt ist,

dass hier ein Großkonzern investiert, gibt es eine massive Zuwanderung Arbeitssuchender, und die Gemeinde ist darauf nicht vorbereitet. Es gibt Drogen und Kriminalität“.

Den anderen Hauptschauplatz der Aluminiumproduktion im Amazonasgebiet, Barcarena, haben die Konferenzteilnehmer besucht. Dort sind die sozialen Verwerfungen schon länger ein Problem. Die Aluminiumwerke Albras und Alunorte – Inseln des Wohlstands für zwei- bis dreitausend Stammarbeiter – haben ein Heer von Arbeitssuchenden angelockt. Sie leben in schlammigen Elendsvierteln in Hütten ohne Strom und warten auf ihre Chance wie auf einen Lottogewinn. In einem Flachbau an der löchrigen Hauptstraße sitzt Lúcio Maciel unter Neonröhren. Er ist der Vorsitzende der Metallgewerkschaft von Barcarena und auch so

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | „Bei uns bleibt der Dreck“ – Aluminium vom Amazonas ..... S.1
- | Weltsozialforum ..... S.2

#### Kommentiert

- | Gewerkschaften im Dialog ..... S.2

#### Vorgestellt

- | Vo Van Nhat; Bettina Ellermann-Cacace ... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

- | Kuba: Einheit von oben ..... S.4
- | Botswana: Streikrecht mit Hindernissen ... S.5
- | Philippinen: Arbeitslose kehren heim ..... S.6

#### Aus den Projekten

- | DGB Bildungswerk in Belém: Wem nützen Großprojekte? ..... S.7

#### Notiert

- | Gefährlicher Einsatz; Forum Verantwortung; Reformen in Brasilien; Tagung zur Krise ..... S.8
- | Terminhinweise, Impressum ..... S.8

Fortsetzung von Seite 1


etwas wie ein Bürgermeister. „Ja, die Fabriken sind ein Fortschritt für die Region, aber der Schaden ist noch größer“, sagt Lúcio. „Heute haben wir hier in Barcarena eine Gemeinde von 90.000 Menschen, aber es fehlt überall an Infrastruktur. Für Zehntausende gibt es keine Schulen; die Arbeiterkinder werden leer ausgehen, wenn sie keine Facharbeiterausbildung erhalten“, sorgt sich der Gewerkschafter.

Seinen Lagebericht bestätigen die Wissenschaftler vom gewerkschaftsnahen Forschungsinstitut Observatório Social. „Das größte Problem ist, dass in der Region von all dem Wohlstand dieser Fabriken nichts ankommt“, fasst Felipe Saboya die Aluminiumstudie zusammen, die im Auftrag des DGB Bildungswerks gerade fertig gestellt wurde. Der Werksleiter der Hütte Albras berichtet von Magen- und Darmerkrankungen in den Gemeinden wegen des schlechten Trinkwassers, doch das sei „nicht unser Problem“. Soziale Verantwortung von Unternehmen reicht hier offenbar nur für eine einzige Vorzeigeschule und ein paar Sozialprogramme für wenige. Die Aluminiumschmelze von Albras spuckt im Sekundentakt Alubarren für den Export und die weltweite Weiterverarbeitung aus. Albras gehört zur Hälfte den Japanern, die die energiefressende und umweltschädliche Aluminiumproduktion schon Anfang der 80er Jahre aus ihrem eigenen Land ausgelagert haben. Mittlerweile lagern die Rückstände in der Gemeinde von Barcarena, in einem der sensibelsten Ökogegebiete der Welt: hundert Millionen Tonnen Rotschlamm aus 20 Jahren Aluminiumoxid-Produktion, schätzt der Konzernbetriebsratsvorsitzende des Hamburger Aluminiumwalzwerks Peter Camin. „Da tickt eine echte Zeitbombe“, klärt der Rotschlammexperte die brasilianischen Kollegen auf, die das DGB Bildungswerk zur Aluminiumkonferenz eingeladen hatte. Die Konzerne suchten zwar hektisch nach Lösungen, aber bis heute wisse niemand, was mit den durch Arsen und Quecksilber belasteten Rotschlammdeponien zu tun sei.

„Die Umweltbelastung nimmt zu, die Flussfischer können nicht mehr vom Fischfang leben, weil die Flüsse zu verseucht sind“, bestätigt Ray Barreto vom brasilianischen Gewerkschaftsbund CUT. Lúcio will, dass mehr von der Weiterverarbeitung in Barcarena bleibt. „Die meisten Arbeitsplätze sind doch im Ausland, und bei uns bleiben die Rückstände. Das kann nicht sein“.

Cornelia Girndt

 Die Autorin ist Redakteurin der Zeitschrift „Mitbestimmung“

 Link zur Aluminiumstudie:  
[www.observatoriosocial.org.br/portal/images/stories/publicacoes/aluminio\\_eng.pdf](http://www.observatoriosocial.org.br/portal/images/stories/publicacoes/aluminio_eng.pdf)



Kommentiert

## Gewerkschaften im Dialog

Als sich vor acht Jahren zum ersten Mal zehntausende Menschen zum Weltsozialforum in Brasilien versammelt hatten, waren die Gewerkschaften im DGB nur durch wenige Einzelpersonen vertreten. Inzwischen erschöpft sich diese Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos nicht mehr nur im Protest gegen die neoliberale Umgestaltung der Welt. Im Vordergrund steht jetzt die Suche nach Alternativen. Die Gewerkschaften im DGB sind zu einem integrierten Bestandteil dieser Bewegung geworden.

Damit liegen sie richtig: Als Interessenvertretung abhängig Beschäftigter greifen Gewerkschaften aktiv in gesellschaftliche und ökonomische Prozesse ein. In einer globalisierten Welt werden auch die Interessenvertretungen immer vielfältiger. Es muss für die Gewerkschaften selbstverständlich werden, am globalen Dialog zur Veränderung der Gesellschaft aktiv teilzunehmen. Sie sind selbst eine soziale Bewegung. Das Suchen nach einer sozial gerechten, friedlichen und ökologischen Welt ist das gemeinsame Ziel.



Foto: © GEW Berlin-Brandenburg

Günther Fuchs

In diesem Prozess sind alle Beteiligten Lernende. Darin besteht die Stärke der Sozialforumsbewegung. Die einzelnen Organisationen können davon nur profitieren. Durch aktive Mitarbeit können neue Formen der Gewerkschaftsarbeit vor Ort, kreative Aktionsformen, Kooperationsformen und neue Bündnisse entstehen. Nicht zuletzt werden auch Menschen angesprochen, die sich bisher nicht in Gewerkschaften organisiert haben. Ihre verändernde Kraft allerdings wird die Bewegung nur dann entfalten, wenn ihre Vorschläge für eine Umgestaltung der Welt in klare Vereinbarungen gefasst werden.

Es geht dabei nicht nur um den Dialog zwischen Nord und Süd. Ein „Sozialforum der Welt“ muss auch die osteuropäischen und asiatischen Regionen in die Bewegung einbeziehen. Die Gewerkschaften im DGB können hier eine wichtige Brückenbaufunktion erfüllen. Das Weltsozialforum, das Europäische Sozialforum und das Sozialforum in Deutschland müssen stärker als bisher miteinander verbunden werden. Die Gewerkschaften müssen über ihre Aktivitäten viel stärker informieren und sie untereinander vernetzen. Sie sollten zudem die finanziellen Ressourcen erhöhen.

Die Gewerkschaften im DGB gestalten diese soziale Bewegung mit und leisten ihren Beitrag zur Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen. Dabei werden sie sich auch selbst verändern. Doch der Weg ist noch weit!

Günther Fuchs

 Der Autor ist Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Berlin-Brandenburg

## Weltsozialforum

In der Metropole Belém im brasilianischen Amazonasgebiet trafen sich Ende Januar etwa 100.000 Menschen aus sozialen Bewegungen zum sechsten Weltsozialforum. Bei diesem Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum, das zeitgleich in Davos tagte, standen ökologische und soziale Folgen des Wachstums im Mittelpunkt. Deutsche Nichtregierungsorganisationen, darunter Gewerkschaften, Kirchen, Stiftungen und die globalisierungskritische Bewegung attac, boten in Belém fast 50 Veranstaltungen an und ließen dafür eigens

ein Programm drucken. Das Nord-Süd Netz im DGB Bildungswerk begleitete die Delegation des DGB und organisierte eine Studienfahrt zur Aluminiumproduktion nach Barcarena. Zusammen mit seinen brasilianischen Partnerorganisationen Observatório Social und dem Gewerkschaftsbund CUT lud es zu mehreren Veranstaltungen ein. Dort wurde über Unternehmensverantwortung, die Folgen von chinesischen Investitionen in Lateinamerika sowie über gewerkschaftliche Netzwerke diskutiert. Thema der zentralen Veranstaltung war Ökonomie, Ökologie und Menschenrechte (siehe Bericht S. 7).



Vo Van Nhat

## Kopfweh vom Wandel

Vo Van Nhat ist ein alter Hase. Seit 27 Jahren arbeitet er in der internationalen Abteilung des vietnamesischen Gewerkschaftsdachverbandes VGCL, heute ist er Vizedirektor. Das 86-Millionen-Land befindet sich in einer komplizierten Übergangsphase zu einer Marktwirtschaft, sagt der zierliche 56-Jährige mit den kurzen, nach hinten gekämmten Haaren in fließendem Englisch. Die kommunistisch geführte Regierung und die Gewerkschafter verfolgten dabei dasselbe Ziel: Vietnam zu einem „starken Land“ zu machen.

Nhat (gesprochen: Nyat) wuchs in der ländlich geprägten Provinz Ha Tinh auf, 120 Kilometer nördlich der früheren Grenze zwischen Süd- und Nordvietnam. Kindheit und Jugend standen ganz im Zeichen des Vietnamkriegs. Nach einem Literaturstudium in Moskau und einem zweijährigen Wehrdienst landete er beim VGCL, wo auch sein Vater war. Die spannendste Zeit erlebte er Anfang der 1990er Jahre: In der sich auflösenden Sowjetunion setzte er sich als Botschaftsattaché

für die Rechte von 20.000 vietnamesischen Arbeitern ein. Seit zehn Jahren pflegen die Vietnamesen gute Beziehungen zum DGB. Fortbildungsprogramme in Sachen Arbeitsbeziehungen stehen dabei ganz oben auf der Agenda. Als Gast der IG Metall besuchte Nhat zuletzt sechs norddeutsche Werften. „Für uns ist alles neu“, fasst er den radikalen Umbruch in seiner Heimat zusammen, „Jahr für Jahr wächst der Arbeitsmarkt um eine Million Menschen, wir lernen doch erst gerade, wie man mit ausländischen Firmen umgeht“. Von Jahr zu Jahr steigt die Anzahl der Spontanstreiks, 2008 waren es offiziell 762. Rein ökonomisch sei die Politik der offenen Tür sinnvoll, meint Nhat mit einem entwaffnenden Lächeln. Doch der rapide kulturelle Wandel, in dem seine zwei Kinder aufwachsen, vor allem „Videos, Drogen, Internet-Spiele“, bereiten ihm jeden Tag Kopfschmerzen. Nie würde er zugeben, dass seine Regierung mit der Abfederung des Wandels überfordert sein könnte. Seine Sorgen kleidet der freundliche Literaturexperte in eine Metapher: „Durch die offene



Foto: © Gerhard Dilger

Vo Van Nhat

Tür kommen eben nicht nur schöne Vögel herein, sondern auch gefährliche Insekten“.

Gerhard Dilger

Bettina Ellermann-Cacace

## Dicke Bretter bohren für die Solidarität

Eigentlich ist es erstaunlich, dass Bettina Ellermann-Cacace nicht schon früher auf einem Weltsozialforum gelandet ist. Die temperamentvolle 46-Jährige aus Offenbach ist nämlich schon seit den 1980ern in der internationalen Solidaritätsarbeit tätig. Damals richteten sich besonders viele Hoffnungen der Linken auf das sandinistische Nicaragua. Bettina, die 1986 als Facharbeiterin beim Druckmaschinenhersteller Manroland anfang, engagiert sich bis heute für die Städtepartnerschaft zwischen Offenbach und dem nicaraguanischen Rivas. 2002 erfüllte sie sich einen alten Traum: Mit einer Offenbacher Brigade fuhr sie nach Rivas, um sich am Bau eines Frauenhauses zu beteiligen; Mann und Kinder waren auch dabei.

Seit neun Jahren ist sie aktiv im Arbeitskreis Palästina-Israel in Frankfurt und organisiert Mahnwachen oder Informationsveranstaltungen. Die Gruppe knüpft dabei an die Positionen der israelischen Friedensbewegung an. Auslöser war der Streit mit einer Kollegin. „Wegen des Holocausts

gibt es bei uns selten einen klaren Blick auf den Nahostkonflikt“, findet Bettina Ellermann-Cacace. In Krisenzeiten ist es noch schwerer, an der Basis Gewerkschafts- und Nord-Süd-Arbeit miteinander zu verbinden, weiß die langjährige Betriebsrätin. Solidarität mit Hartz-IV-Empfängern scheint näher zu liegen als mit Menschen in Entwicklungsländern.

„Am offensten ist noch die Gewerkschaftsjugend, aber eine Nicaraguabrigade haben hier wir trotzdem nicht auf die Beine stellen können“, erzählt Bettina, die sich in ihrer täglichen Gewerkschaftsarbeit vor allem für Frauenbelange stark macht. Aus dem IG-Metall-Arbeitskreis Globalisierung, zu dem sie vor kurzem gestoßen ist, bringt sie ein Argument mit, das auch im Betrieb zieht: „Wenn wir mit Gewerkschaften des Südens zusammenarbeiten, sorgen wir dafür, dass man uns nicht so leicht gegeneinander ausspielen kann“. Wie viel Spaß das machen kann – das hat sie beim Weltsozialforum im brasilianischen Belém



Foto: © Gerhard Dilger

Bettina Ellermann-Cacace

erfahren, wo engagierte Menschen aus 142 Ländern das Bild prägten – Dickbrettbohrer wie Bettina.

Gerhard Dilger

 Der Autor ist freier Journalist in Brasilien





# Einheit von oben

**Neben der Zentrale der Arbeiter Kubas wird offiziell keine andere gewerkschaftliche Organisation geduldet. Doch das sollte sich ändern, denn Kubas Außenminister hat letztes Jahr die UN-Bürgerrechtskonvention unterzeichnet. Darin ist auch das Recht auf Gründung unabhängiger Gewerkschaften definiert.**

Die Ecke am Capitolio, dem Sitz der Akademie der Wissenschaften, ist ein beliebter Treffpunkt der Chauffeure von Fahrradtaxi. Die selbstgebaute dreirädrigen „bicitaxis“, die an asiatische Rikschas erinnern, sind eine der zahlreichen kubanischen Antworten auf die latente Transportkrise. Hunderte der liebevoll mit Firmenlogos aus aller Welt dekorierten Dreiräder zockeln durch die Hauptstadt Havanna. Kubaner lassen sich mit ihrem Einkauf vom Bauernmarkt ebenso nach Hause fahren wie Touristen den Malecón entlang, Havannas Uferpromenade.

Einige Hundert Bicitaxis gibt es in der Hauptstadt. Unter den Fahrern, die Touristen eigentlich gar nicht transportieren dürfen, herrscht Solidarität, erklärt William Aurelievich. Der 28-jährige Student der Sozialwissenschaften hat sich in einem unabhängigen Forschungsprojekt mit der Organisation der Fahrradtaxifahrer beschäftigt. Er war auch in anderen Städten wie Camagüey oder Santiago de Cuba unterwegs, um mit den Pedalrittern über ihre eigene Gewerkschaft zu sprechen. „Die wird nicht anerkannt, denn zum einen gelten die Fahrradtaxifahrer als Selbständige, zum anderen werden in Kuba keine unabhängigen Gewerkschaften geduldet“, so der Student.



Foto: © lumiereff, flickr, cc 2.0

Gut organisiert: Taxifahrer in Havanna

Einheitlich soll den Rechten der arbeitenden Bevölkerung nachgekommen werden, dafür bürgt die Zentrale der Arbeiter Kubas (CTC). Die Gewerkschaft, in der offiziellen Zahlen zufolge etwa 96 Prozent der kubanischen Arbeiter organisiert sind, ist in nahezu jedem Betrieb präsent, in dem mehr als fünf Menschen arbeiten. In jeder Bäckerei, jedem Krankenhaus und jeder Schule, selbst im kleinen Frisörsalon von Ramón González und seinen Kollegen gibt es einen Betriebsrat. „Aber letztlich interessiert das niemanden so richtig“, sagt der Barbier, der mit seinem schmalen Kinnbart und den zurückgekämmten leicht gegeltem schwarzen Haaren auch als italienischer Gigolo durchgehen könnte. Ramón und seine Kollegen kennen keinen Tarifvertrag; sie liefern zwischen zehn und vierzig Prozent der Tageseinnahmen ab.

gegen die Unterzeichnung der Bürgerrechtskonvention der Vereinten Nationen ausgesprochen hatte. Die enthält neben dem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch das Recht auf Bildung unabhängiger Gewerkschaften.



Foto: © Knut Henkel

Bürger in Kuba: Neues Recht auf Meinungsfreiheit?



Foto: © Knut Henkel

Probleme mit unabhängigen Gewerkschaften: Kubas Ex-Staatschef Fidel Castro

Viele derartige Beispiele kennt Oscar Espinosa Chepe. „Die allermeisten Kubaner arbeiten in den Grauzonen, und einen echten Einfluss auf die Löhne haben sie nicht. Die werden ganz oben festgelegt“, sagt der Sozialwissenschaftler und unabhängige Journalist. Für ihn ist der Gewerkschaftsdachverband nur ein „Wurmfortsatz der kommunistischen Partei“. „Echte gewerkschaftliche Rechte sind für die arbeitende Bevölkerung in Kuba nicht vorgesehen“, kritisiert Espinosa, der zwei Jahre in einem kubanischen Gefängnis saß, weil er für eigenständige Gewerkschaften eingetreten ist. Die aber gelten in Kuba, so hat es Fidel Castro in einer seiner Kolumnen geschrieben, als Einfallstor für konterrevolutionäres Gedankengut. Das war einer der Gründe, weshalb sich Kubas ehemaliger Staatschef immer wieder

Doch im Februar letzten Jahres hat Kubas Außenminister Felipe Pérez Roque diese Konvention unterschrieben. Ob damit bessere Zeiten für die Gründung unabhängiger Gewerkschaften anbrechen, steht allerdings in den Sternen. „Bisher ist die Konvention vom nationalen Parlament nicht ratifiziert worden, und das ist eine Voraussetzung für einen Wandel“, erklärt Espinosa Chepe. An die von Staatschef Raúl Castro angekündigten Reformen glaubt der 68-jährige nicht mehr. Auch bei den Fahrradtaxifahrern am Capitolio ist die Stimmung düster, denn bisher hat Raúl seinen Ankündigungen kaum Taten folgen lassen.

Knut Henkel

Der Autor ist freier Journalist in Hamburg



# Streikrecht mit Hindernissen



Foto: © Friedrich Ebert Stiftung

Demonstration des Gewerkschaftsbundes von Botswana in Solidarität mit der Opposition im Nachbarland Simbabwe

**Der Gewerkschaftsbund in Botswana hat erst seit vorigem Jahr eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle. Trotz Vereinigungsfreiheit müssen Arbeitnehmer ihre Rechte in der Praxis noch durchsetzen. Streiks werden oft behindert.**

„Die Auswirkungen der Globalisierung machen den Gewerkschaften im Bergbau große Probleme. Deshalb müssen wir besser mit unseren Kollegen aus Afrika und Europa zusammenarbeiten“, sagt Gadzani Mhotsha, der noch junge Geschäftsführer des Botswanischen Gewerkschaftsbundes (BFTU), beim Gewerkschaftsseminar in Francistown über die zukünftige Strategie seiner Organisation. 1977 gegründet, vereinigt BFTU mittlerweile mehr als 90 Prozent aller Einzelgewerkschaften des südafrikanischen Landes. Die Gewerkschaften in den Bereichen Schule, Bergbau und öffentlicher Dienst haben eine lange Tradition und hohe Organisationsgrade. Zur Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen arbeiten seit letztem Jahr zwei Mitarbeiter in der Geschäftsstelle in der Hauptstadt Gaborone.

Das aufstrebende Entwicklungsland ist so groß wie Frankreich, wird aber nur von 1,8 Millionen Einwohnern bewohnt. Es profitiert vor allem von den reichen Diamanten- und Kohlevorkommen. Schon frühzeitig hat Botswana ein Regelwerk für Gewerkschaften geschaffen. Darin wird den Beschäftigten Vereinigungsfreiheit garantiert. Gewerkschaften können über Tarifverträge verhan-

deln, wenn sie mindestens 25 Prozent der Mitarbeiter einer Branche vertreten. Durchschnittlich liegt der Organisationsgrad bei etwa 20 Prozent. Das Streikrecht wird zwar anerkannt, aber die Beschäftigten müssen sich mit ihren Forderungen einem langwierigen Schiedsprozess unterziehen. An dessen Ende werden Streiks oftmals als illegal hingestellt – und dann greift der Staat rigide durch. „Natürlich haben wir nicht soviel Macht wie der südafrikanische Gewerkschaftsbund COSATU, der maßgeblich die Regierungspolitik mitbestimmt“, räumt Gadzani Mhotsha ein. „Aber als überparteiliche Organisation haben wir schon erhebliche Verbesserungen des Arbeitsrechts durchgesetzt, beispielsweise die bezahlte Schwangerschaftszeit“. Beim Gewerkschaftstag wählen die Delegierten alle drei Jahre nicht nur den Präsidenten und den Geschäftsführer, sondern verabschieden auch die strategischen Ziele des Gewerkschaftsbundes. Der institutionelle Aufbau einer Geschäftsstelle und eine verstärkte Ausbildung von Funktionären, vom letzten Gewerkschaftstag



Foto: © Friedrich Ebert Stiftung

Repressalien ausgesetzt: BFTU-Präsident Japhta Radibe

beschlossen, wird jetzt in enger Zusammenarbeit mit der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung umgesetzt. Außerdem fordern die Gewerkschafter ein besseres Sozialversicherungssystem, angemessene Bezahlung und eine Perspektive für HIV-Infizierte

auf dem Arbeitsmarkt. Sie kämpfen darum, dass ihre Forderungen in der „Botswana Vision 2016“, dem Zukunftsprogramm der Präsidentenverwaltung, Niederschlag finden. Auch in Botswana muss sich der Gewerkschaftsbund mit konkurrierenden Neugründungen von Sparten-Gewerkschaften auseinandersetzen. Gemeinsam mit Organisationen der Handwerker wollen höher gestellte Beamte einen neuen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst aufbauen. Als Präsident des BFTU bezieht Japhta Radibe dazu klare Position: „Die Spitzenbeamten fühlten sich in den Tarifverhandlungen nicht gut vertreten und wollen deshalb jetzt allein verhandeln. Wir halten dieses Vorgehen für nicht solidarisch und nicht gesetzlich und gehen dagegen gerichtlich vor. Uns geht es darum, die Kollegen vor Ort wieder zur Mitarbeit zu gewinnen.“ Radibe setzt auf die vermehrte Präsenz der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit und auf flexiblere Strukturen. Wie notwendig Solidarität ist, hat er 2006 am eigenen Leib erfahren, als er die Lehrgewerkschaft in einem Streik vertrat: Obwohl damals erst 45 Jahre alt, wurde er mit fadenscheinigen Argumenten in den „Ruhestand“ versetzt. Nach Protesten hunderter Gewerkschaftsmitglieder war er jedoch bald wieder eingestellt.

Björn Richter



Der Autor ist freier Journalist und arbeitet für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) in Botswana



Aus der Arbeitswelt: Philippinen

# Arbeitslose kehren heim

**Millionen Filipinos arbeiten im Ausland. Wegen der globalen Finanzkrise verlieren die ersten jetzt ihre Jobs und kehren zurück. Zu Hause erwarten sie hohe Schulden.**

In Amerika wurden Immobilienkredite schon nicht mehr zurückgezahlt, als Gertrude Capili ihre bescheidene Farm in der Nähe von Manila verpfändete, um ihre beiden Enkelinnen nach Taiwan schicken zu können. Dort arbeiteten sie in einer Fabrik, die Mikrochips für Geräte herstellte, deren Markt in Amerika bereits am Rande des Zusammenbruchs stand. Die 90 Jahre alte Großmutter hatte kaum Ahnung davon, dass der Zusammenbruch schlecht abgesicherter Hypotheken in den USA und die darauf folgende Finanzkrise selbst in Angono zu spüren sein würde, einer kleinen Stadt am See östlich von Manila, wo sie mit einer Tochter und zwei Enkelinnen in einem 34 Quadratmeter großen Haus aus Sperrholz und Wellblech lebt. Ein Fluss in der Nähe tritt oft über die Ufer und überflutet bei Regen das Erdgeschoss; die verzogenen Möbel, die vom Einkommen der Enkeltochter angeschafft wurden, müssen jedes Jahr ersetzt werden.

Auf die Frage von Agence France Press (AFP), was ihr der Job in der ASE Halbleiterfabrik bei Taipeh, die Elektronikriesen wie Motorola und Epson beliefert, eingebracht habe, antwortete die 24-jährige Bernadette Cortas: „Hohe Schulden und reißende Kopfschmerzen“. Als Folge der Überstunden vor winzigen Schalttafeln müssen sie und ihre Kusine Christina de Borja jetzt Hornbrillen tragen. Verdient hatten sie nach Abzug der Ausgaben für Essen und Unterkunft netto etwa 20.000 Taiwan Dollars (etwa 470 Euro). Doch nur acht Monate nachdem die Kusinen ihren Job angetreten hatten, wurden sie und 103 weitere Filipinos mit dem Schiff nach Hause geschickt. Als die Nachfrage nach elektronischen Gütern weltweit zusammenbrach, verkleinerte die Firma die Belegschaft.

Cortas ist geradezu ein Musterbeispiel für die philippinischen Wirtschaftsemigranten. Einst ein kichernder, langbeiniger Teenager, ist sie jetzt eine Studienabbrecherin, die in Fast-Food-Restaurants gearbeitet hat, um durch die höhere Schule zu kommen. Als ältestes von fünf Kindern eines arbeitslosen Busfahrers, der mit einer anderen Frau



Foto: © Romeo Gacard/AFP Agence France Presse

Zurück aus Taiwan: Kusinen bei der Großmutter

lebt, hat Cortas ihre Geschwister ernährt, ihnen ein Dach über dem Kopf gegeben und sie durch die Schule gebracht. Ihre Mutter arbeitet als Hausangestellte in Saudi-Arabien, doch sie hat einen neuen Freund und schickt kein Geld mehr für die Familie, sagt Cortas. Als sie selbst ihren Job verlor, mussten die Geschwister ebenfalls die Schule verlassen. Ohne Arbeit, ohne Geld und tief verschuldet, bringt ihr nicht einmal Weihnachten Freude; das Darlehen von 50.000 philippinischen Pesos (842 Euro), das sie und de Borja aufgenommen hatten – mit Großmutter's 2.000-Quadratmeter-Farm als Sicherheit – kann sie nicht zurückzahlen. Das Darlehen deckte nur einen Teil der Vermittlungsgebühren von 85.000 Pesos (1.432 Dollar) für jede von ihnen ab. Der größere Teil wurde über kommerzielle Geldverleiher finanziert, die zwei Prozent Zinsen im Monat verlangen.

Die Kusinen sind nur zwei von etwa acht Millionen Filipinos – zehn Prozent der Bevölkerung – die im Ausland arbeiten. Nach Regierungsangaben haben „mehrere hundert philippinische Arbeiter in Übersee“ ihre Jobs wegen der globalen Krise verloren. Laut Warnungen der Internationalen Arbeitsorganisationen (ILO) könnte sie bis Ende 2009 20.000 Menschen arbeitslos machen. Die beiden Kusinen haben eine Klage eingereicht, um einen Teil ihrer Vermittlungsgebühr erstattet zu bekommen, denn ihnen waren Arbeitsverträge in Taiwan für zwei Jahre zugesichert worden.

De Borja, 30, früher in einer pharmazeutischen Firma in Manila beschäftigt, findet Arbeit auf den Philippinen wegen der niedrigen Bezahlung nicht besonders interessant. Zwei von fünf Filipinos leben von zwei Dollar oder weniger am Tag, und ein Drittel der Arbeitskräfte ist entweder ohne Stelle oder unterbeschäftigt. De Borja sagt, sie habe, um die Schulden zu begleichen, den größten Teil ihres Schmucks verpfändet oder verkauft. Bevor die Immobilien-Krise ausbrach, half ihr der Job in Taiwan über die Runden zu kommen.

Cecil Morella

übersetzt nach englischer AFP-Originalmeldung vom 24.12.2008; leicht gekürzt



Foto: © Romeo Gacard/AFP Agence France Presse

Schulden und Kopfschmerzen: Ex-Fabrikarbeiterin Cristina de Borja verlor ihren Job durch die Finanzkrise





# DGB Bildungswerk in Belém: Wem nützen Großprojekte?

**Zum Weltsozialforum (WSF) trafen sich Ende Januar in Brasilien 115.000 Umweltschützer, Menschenrechtler und Kapitalismus-Kritiker aus aller Welt. In Belém an der Amazonasmündung machte das DGB Bildungswerk „Ökologie, Ökonomie und Menschenrechte im Amazonas“ zum Thema.**

hat noch keine einheitliche Meinung zur industriellen Entwicklung“, vermittelte Clodoaldo Pontes, Assistent der CUT-Amazonaskommission. Er versicherte, dass Studien und Unterstützung des DGB den Gewerkschaftern in zahlreichen Diskussionsrunden mit der Bevölkerung argumentativ sehr geholfen hätten. Doch die Deutschen müssten

und Arbeitsplätze schaffen, für ihn seien „die Ressourcen Brasiliens unerschöpflich“, berichtete Jürgen Reichel vom Evangelischen Entwicklungsdienst aus einem dreistündigen Gespräch zwischen Lula und dem internationalen Rat des WSF: „Die Kluft zwischen dem Ex-Gewerkschafter Lula und dem Weltsozialforum ist größer geworden“. Umso wichtiger sind der fortgesetzte Dialog und neue Ideen, die eine Finanzierung für den Erhalt der Ressourcen vorschlagen. „Warum bekommen nur diejenigen Geld, die den Wald wieder aufforsten, und nicht diejenigen, die ihn erhalten“, spielte Dieter Eich darauf an. Um die Land- und Waldressourcen gibt es in Amazonien derzeit hässliche Auseinandersetzungen. „Viele Gewerkschafter sind in Konflikten um die widerrechtliche Aneignung von Land umgebracht worden; der brasilianische Staat ist noch nicht fähig hier einzugreifen, um die Menschen im Amazonasgebiet zu beschützen“, berichtete Rogerio Pontoja mit großer Sorge. 750 Gewerkschafter seien allein im letzten Jahr ums Leben gekommen. Killer arbeiten gegen Kopfgeld, die drei Bischöfe von Maranhao stehen unter Polizeischutz. Darüber will die CUT bei ihrem diesjährigen Kongress diskutieren. Und über das neue Sekretariat für Umweltschutz, das im Gewerkschaftsdachverband geschaffen werden soll. „Auch deshalb ist uns die Partnerschaft mit dem DGB Bildungswerk so wichtig“, sagt Clodoaldo.

Cornelia Girndt

... ist Redakteurin der Zeitschrift „Mitbestimmung“

## Globale Strategien

Konzepte und Strategien für eine Solidarität, die über Grenzen hinaus geht, sollen im April am Wannsee entwickelt werden. Internationale Teilnehmende am Master-Studiengang „Labour Policies and Globalisation“ der Universität Kassel und der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin und andere Interessierte werden sich dort mit den Arbeits- und Lebensbedingungen und der Gewerkschaftspolitik in anderen Ländern befassen. „In Zeiten, in denen das Ziel der Effizienzsteigerung durch eine Konkurrenz um niedrige Löhne, kaum abgesicherte Arbeitsbedingungen und geringe Sozialstandards vorherrscht“, sei das dringend nötig, heißt es im Einladungstext. Zu dem Wochenendseminar unter dem Titel „Globalisierung der Solidarität“ lädt die Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit dem DGB Bildungswerk am 17. und 18. April nach Berlin ein. Seminarsprachen sind Englisch und Deutsch, weitere Sprachen werden nach Bedarf integriert. Wer sich für den nächsten Masterstudiengang an der Global Labour University bewerben möchte, muss seine Unterlagen bis zum 1. April 2009 einreichen.

Informationen: [www.global-labour-university.de](http://www.global-labour-university.de)

Foto: © Jürgen Hennemann



Diskussion über Wachstum und Ökologie: Dieter Eich und Rogerio Pontoja beim Weltsozialforum

Es war keine einfache Debatte im Seminarraum der Universität Belém. In die Stadt an der Amazonasmündung waren auch viele Indigenas, Flussfischer und Kleinbauern gekommen, die von Holzschlag, Rinderzucht und Sojaanbau auf riesigen Flächen betroffen sind, Großprojekten also, deren Nutzen zunehmend strittig ist. „Die Weltwirtschaftskrise muss uns Anlass sein, über unser Wachstumsmodell nachzudenken“, sagte Dieter Eich, Leiter des DGB Bildungswerks, und verwies auf die Folgen von Staudammprojekten in Amazonien.

„Wir alle sind befangen in einem Wachstumsmodell“, entgegnete Rogerio Pontoja, Spitzenfunktionär der Amazonaskommission des brasilianischen Gewerkschaftsbundes CUT. „Wem werden diese Großprojekte dienen? Den Multis? Oder der regionalen Bevölkerung? Das sind für uns die großen Fragen“. Auf Staudämme ganz verzichten, wo Brasilien doch eine Energiekrise habe, wollte Rogerio nicht: „Wir haben zu wenig Strom, das bereitet uns schlaflose Nächte“. Eine Studie seiner Kommission über neue Verkehrsinfrastrukturprojekte und Wasserkraftwerke im Amazonasgebiet hat das DGB Bildungswerk unterstützt. „Die CUT

sehen, dass in der Amazonasregion viele arme und einfache Leute leben. Die Hälfte der Bevölkerung hat keinen Strom und bekommt nur den Mindestlohn von 415 Reales (150 Euro). „Es sind die Rinder, die den Urwald zerstören“, sagte Clodoaldo, „das Agrobusiness mit Rindfleisch, Soja und Holz für den Export“.



Delegierte aus deutschen Gewerkschaften in Belém

Auf genau dieses Agrobusiness im großen Stil setzt der brasilianische Präsident Lula, der der CUT nahe steht. Lula will die Armut bekämpfen

Foto: © Jürgen Hennemann



## Gefährlicher Einsatz

Kolumbien war auch im Jahr 2007 das gefährlichste Land für Menschen, die sich für die Rechte von Arbeitnehmern einsetzen: dort wurden 39 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet. Weltweit verloren 91 Menschen ihr Leben im Einsatz für Arbeitnehmerrechte. Das geht aus der neuen jährlichen Übersicht über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten hervor, die der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) veröffentlicht hat. Kaum weniger bedroht sind Gewerkschafter in Guinea: dort starben 30 Menschen bei Demonstrationen gegen Korruption und die Verletzung von Grundrechten, die von Gewerkschaften organisiert worden waren. In der Übersicht werden Rechtsverletzungen in insgesamt 138 Ländern beschrieben. Inhaftiert wurden Gewerkschafter vor allem im Iran, in Marokko und Birma. Berichtet wird auch über Absprachen zwischen Regierungen und Arbeitgebern, durch die Beschäftigten ihr Recht auf gewerkschaftliche Vertretung vorenthalten wird. In allen Regionen wurden Wanderarbeitskräfte ausgebeutet und Missbrauch ausgesetzt. „Es werden globale Muster deutlich, wie etwa Prekarisierung und Outsourcing, die eine enorme Gefahr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überall auf der Welt darstellen“, sagte IGB-Generalsekretär Guy Ryder.



Link zur Übersicht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB): <http://survey08.ituc-csi.org>

## Forum Verantwortung

Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen einberufen, die am 20. Januar zum ersten Mal getagt hat. Unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales soll das sogenannte CSR-Forum zwei Jahre lang arbeiten. CSR steht für Corporate Social Responsibility, die soziale Verantwortung der Unternehmen. Neben Arbeitgebern und Organisationen aus der Zivilgesellschaft sind auch die Gewerkschaften beteiligt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wird durch Bundesvorstandsmitglied Claus Matecki vertreten. Außerdem arbeiten die IG-Metall, ver.di und die IG Bergbau, Chemie, Energie im Forum mit. Die Gewerkschaften wollen Unternehmen

unterstützen, die soziale Mindeststandards weltweit garantieren und dabei über bestehende und vereinbarte Standards hinausgehen. CSR basiert auf freiwilligen Selbstverpflichtungen der Unternehmen und darf nach Ansicht der Gewerkschaften niemals gesetzliche Regelungen ersetzen. Bis zum Sommer 2009 sollen erste Empfehlungen des Forums vorliegen.

## Reformen in Brasilien



Um die sozialen Reformen der gewerkschaftsnahen Regierung Lula geht es in einer neuen Broschüre von IG Metall und DGB Bildungswerk über Brasilien. Untermauert von vielen Fakten und Daten, werden Programme zur Armutsbekämpfung oder gegen Sklavenarbeit vor dem Hintergrund der sozialen Lage analysiert und bewertet. Ein eigenes Kapitel ist der Situation der Gewerkschaften und der Reform des Gewerkschaftsrechts gewidmet, die mit vielen Einzelheiten ausgeführt wird. In einem dritten Teil wird der Stand der gewerkschaftlichen Netzwerkbildung auf Unternehmensebene dargestellt und ihre Bedeutung für internationale Solidarität beleuchtet. Das Heft ist unter dem Titel „Brasilien – Soziale Reformen und gewerkschaftliche Solidarität“ erschienen und beim DGB Bildungswerk erhältlich.



[www.nord.sued.netz.de/de/medien.html](http://www.nord.sued.netz.de/de/medien.html)

## Tagung zur Krise

Mit welchen neuen Regeln für Banken und Unternehmen sich Krisen wie die der globalen Finanzmärkte künftig vermeiden lassen, darum soll es bei einer Fachtagung in Berlin am 26. März gehen. Unter der Überschrift „Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus“ laden dazu das Kinderhilfswerk terre des hommes, das Netzwerk für Unternehmensverantwortung CorA, das Global Policy Forum, die Gewerkschaft ver.di und das Bildungswerk des DGB ein. Im Zentrum analytischer Beiträge werden die sozialen und ökologischen Folgen der Krise für Entwicklungsländer stehen. Was an Reformvorschlägen erarbeitet wird, soll anschließend mit Vertretern von Bundestag und Bundesregierung diskutiert werden. Die Tagung findet eine Woche vor dem G 20-Gipfel in London statt, wo Staats- und Regierungschefs der größten Industrie- und Schwellenländer Maßnahmen zur Überwindung der Krise beraten wollen. „Wir verstehen unsere Tagung als Teil der weltweiten Mobilisierung der Zivilgesellschaft im Vorfeld dieses Gipfels“, heißt es im Einladungsschreiben.

## Termine

**26.03.2009**

„Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus“  
| ver.di Bundesvorstand, Berlin

**17.04.–18.04.2009**

Globalisierung der Solidarität  
| ver.di Tagungszentrum Wannsee, Berlin

**18.05.–20.05.2009**

Die OECD-Leitsätze in der betrieblichen Praxis  
| DGB Tagungszentrum Hamburg

**28.06.–03.07.2009**

Deutschland, Israel und Palästina: Schuldfragen, Interessen und politische Sympathien im Nahostkonflikt  
| DGB Tagungszentrum Starnberger See

**Anmeldung und Informationen:**

[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

## Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich  
Verantwortlich: Nina Berg  
Redaktion: Sigrid Thomsen  
Layout: Achim Konopatzki  
Druck: Setzkasten Düsseldorf,  
 gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk e.V. | Nord-Süd Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)  
**Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11**

